

**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische  
Militärzeitschrift

**Herausgeber:** Schweizerische Offiziersgesellschaft

**Band:** 173 (2007)

**Heft:** 7-8

  

**Artikel:** Deutschland auf dem Weg zur europäischen Führungsmacht?

**Autor:** Rambke, Karl-Heinz

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-71091>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Deutschland auf dem Weg zur europäischen Führungsmacht?

Seit der Vereinigung am 3. Oktober 1990 ist die deutsche Sicherheitspolitik durch Wandel und Kontinuität gekennzeichnet. Die meisten Parameter, die die Politik im Kalten Krieg bestimmten, gelten nicht mehr. Die Auswirkungen der regionalen Krisen, der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, Informationssicherheit, Migration, die Entwicklung einer gerechteren internationalen Ordnung mit vermutlich weiteren Nuklearwaffenstaaten sowie Klimawandel und Energiesicherheit prägen die heutigen sicherheitspolitischen Debatten. Für Deutschland sind unverändert die Europäische Union, die NATO, die Freundschaft mit den USA und die Vereinten Nationen die zentralen internationalen Organisationen, Partner und Allianzen. Zugleich hat Deutschland weltweit mit allen wichtigen Staaten vertrauensvolle Kooperationen aufgebaut. Aufgrund des gewachsenen Gewichts auf internationaler Bühne stellt sich zunehmend die Frage, ob Deutschland willens ist, die politische Führung in Europa zu übernehmen.

Karl-Heinz Rambke\*

Am Ende der deutschen EU-Präsidentschaft am 30. Juni 2007 steht Deutschland und seine Kanzlerin Angela Merkel sicherheitspolitisch deutlich gestärkt da.<sup>1</sup> Das Zerwürfnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) unter Präsident Bush über dessen unilaterale Politikausrichtung sowie den Irakkrieg ist überwunden. Die Europäische Union (EU) hat unter der Führung von Deutschland einen gangbaren Weg aus ihrer institutionellen Krise gefunden, und es besteht Hoffnung, dass die EU sich zu einem globalen Akteur entwickeln wird. Als militärisches und politisches Bündnis hat die Nordatlantische Verteidigungsorganisation (NATO) auf dem Balkan und vor allem in Afghanistan Handlungsfähigkeit bewiesen, und die deutschen militärischen Kontingente von etwa 6000 Soldaten haben in Operationen bemerkenswerte Leistungen erbracht und Deutschland ein beachtenswertes Mitspracherecht verschafft.

Auch innen- und wirtschaftspolitisch hat sich Deutschland heute wieder besser positioniert. Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosenquote sinkt, die Sozialsysteme sind auf mittlere Sicht konsolidiert, die Schuldenkrise ist abgemildert, und Deutschland als grösste Exportnation der Welt ist auf dem Weg, wieder die führende Wirtschaftsmacht in Europa zu werden. Des Weiteren hat sich Deutschland als wehrhafte Demokratie im Kampf gegen den internationalen Terrorismus im In- und Ausland erwiesen und seine Instrumente geschärft.

\*Dr. Karl-Heinz Rambke, Oberst i.G., Seit Juni 2003 deutsches Fakultätsmitglied im Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP), Avenue de la Paix 7bis, Case postale 1295, CH-1211 Genève 1. Neben seiner Lehrtätigkeit am GCSP war er auch für eine Vorlesungsreihe «Strategische Studien» an der ETH Zürich verantwortlich. Er vertritt hier seine persönlichen Auffassungen.

Ist dieses Deutschlandbild realistisch, ist Deutschland wirklich innerhalb der letzten zwei Jahre vom «kranken Mann Europas»<sup>2</sup> zu einem führenden Akteur in Europa geworden oder täuscht diese holzschnittartige Beschreibung über die tatsächlichen Gegebenheiten hinweg? Die folgende Analyse zentraler Politikfelder der deutschen Sicherheitspolitik soll einen detaillierten Überblick geben und dort, wo erforderlich, Korrekturen am beschriebenen Bild vornehmen.

In dieser Untersuchung verstehe ich unter Sicherheitspolitik alle staatlichen Politikbereiche, die die Sicherheit Deutschlands und den Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger gewährleisten sowie die Durchsetzung deutscher Interessen in Europa und weltweit ermöglichen sollen.

Die Kernpunkte des sicherheitspolitischen Ansatzes Deutschlands sind ein gesamtstaatliches und globales Sicherheitsverständnis, die Berücksichtigung politischer, gesellschaftlicher, ökonomischer, ökologischer und kultureller Bedingungen sowie vernetzte Strukturen. Dabei geht Deutsch-

Die Kernpunkte des sicherheitspolitischen Ansatzes Deutschlands sind ein gesamtstaatliches und globales Sicherheitsverständnis, die Berücksichtigung politischer, gesellschaftlicher, ökonomischer, ökologischer und kultureller Bedingungen sowie vernetzte Strukturen. Dabei geht Deutschland davon aus, dass es allein seine Sicherheit nicht garantieren kann, sondern auf die enge Zusammenarbeit in der NATO und in der EU angewiesen ist.

land davon aus, dass es allein seine Sicherheit nicht garantieren kann, sondern auf die enge Zusammenarbeit in der NATO und in der EU angewiesen ist.<sup>3</sup>

Wenn sicherheitspolitisch relevante Themen analysiert werden, sollte man beachten, dass weder national noch international eine allgemein anerkannte Definition von Sicherheitspolitik existiert. Zu sehr dominieren die Meinungsunterschiede der Parteien in Deutschland, zu sehr prägen unterschiedliche nationale Interessen und Kulturen die Kooperation in Europa und die internationalen Beziehungen.

### Historische Entwicklung

Nach der bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945 folgte die Besetzung und Teilung Deutschlands, die Gründung zweier deutscher Staaten, die durch den Bau der Mauer und des eisernen Vorhangs zementiert wurde. Seit dem Ende des Kalten Krieges und der Vereinigung erscheint dagegen die Entwicklung Deutschlands wie ein Glücksfall der Geschichte. Standen sich noch 1989 hochgerüstete Streitkräfte des Warschauer Paktes und der NATO mit mehr als einer Million Soldaten im geteilten Deutschland gegenüber, so hat sich die

Seit dem Ende des Kalten Krieges und der Vereinigung erscheint dagegen die Entwicklung Deutschlands wie ein Glücksfall der Geschichte.

sicherheitspolitische Situation dramatisch verbessert. Deutschland ist nur noch von befreundeten Staaten umgeben, das Militärpotenzial ist auf ein Drittel reduziert worden, ein militärischer Angriff, der die Existenz Deutschland bedrohen könnte, ist für die absehbare Zukunft auszuschliessen.

Diese überaus positive und friedliche Entwicklung ist massgeblich durch die westdeutschen Bundeskanzler und deren Regierungen, die ostdeutsche Bevölkerung in der revolutionären Umbruchphase 1989/90 sowie die Politik grosser Staatsmänner ermöglicht worden, allen voran die Präsidenten der USA und der Sowjetunion, Bush senior und Gorbatschow. Die westdeutsche Republik hat mit ihren

<sup>1</sup>FT Europe 09.06.07; Der Tagesspiegel, 10.06.2007, Pressestimmen Le Monde u. La Repubblica.

<sup>2</sup>Hans-Werner Sinn, Der kranke Mann Europas, in Internationale Politik, IP Mai 2005.

<sup>3</sup>Weissbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), Berlin 25. Oktober 2006, S. 29.

Kanzlern und deren Politikgestaltung viel Glück gehabt. Die durch Konrad Adenauer forcierte Westbindung, die durch Ludwig Erhard entwickelte soziale Marktwirtschaft, die durch Willy Brandt vorangetriebene Entspannungspolitik, die durch Helmut Schmidt betriebene atlantische Ausgleichs- wie finanz- und wirtschaftspolitische Stabilisierungspolitik sowie letztendlich die durch Helmut Kohl verwirklichte deutsche Einheit in Freiheit, dies im Einverständnis mit den ehemaligen Siegermächten, demonstrieren hohe Staatskunst. Gleichzeitig markieren sie die wesentlichen Kontinuitätslinien der deutschen Politik.

Die Westintegration sowie die Übernahme der westlichen Werte und Politikvorstellungen ermöglichten es der Bundesrepublik Deutschland, die Aussöhnung mit den westlichen Kriegsgegnern zu fördern und die Wirtschaft wieder rasch aufzubauen. Zugleich wurde ein attraktives Gesellschaftsmodell entwickelt, das auf längere Sicht die Option für eine Wiedervereinigung Deutschlands in einem vereinten Europa offenhielt. Deutsche Sicherheitspolitik war somit erstens auf die enge Verbundenheit mit den USA angelegt, dies besonders durch die Aufnahme in die NATO, die Wiederaufrüstung und den Aufbau der Bundeswehr im Rahmen der NATO. Zweitens war sie ausgerichtet auf Frankreich, um den lange währenden Antagonismus zwischen beiden Völkern zu überwinden und die Vereinigung Europas zu fördern. Darüber hinaus musste mit der Sowjetunion und den mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten ein Modus vivendi gefunden werden, der den Frieden in Europa sicherte, eine wenn auch begrenzte Kooperation der beiden deutschen Staaten erlaubte und visionär die Überwindung der Blöcke anstrebte. Gute wirtschaftspolitische Zusammenarbeit war dabei ein wesentliches Instrument der Entspannungspolitik.

Die geteilte Hauptstadt Berlin symbolisierte dabei alle Dilemmata der deutschen Politik während des Kalten Kriegs: Abhängigkeit von der Politik der Siegermächte, gleichzeitig die Notwendigkeit des politischen Ausgleichs und das zwingende Erfordernis der Erhaltung und Sicherung des Friedens. Ein Krieg auf deutschem Boden hätte das Ende der Existenz der beiden deutschen Staaten bedeuten können. Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen, sowie Friedens- und Entspannungspolitik und wirtschaftliche Prosperität waren deshalb die Maximen der westdeutschen Sicherheitspolitik.

Die Hypothek der deutschen Geschichte manifestierte sich auch im 2 + 4-Vertrag, der die völkerrechtliche Grundlage für die deutsche Einheit am 3. Oktober 1990 bildete. Deutschland erhielt die volle Souve-



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vor angetretenen Soldaten.

ränität, zugleich hatte es einige sicherheitspolitische Bedingungen (Verzicht auf ABC-Waffen, Festlegung der maximalen Friedensstärke der Bundeswehr auf 370 000 Mann)<sup>4</sup> – denen es ohne weiteres zustimmen konnte – zu akzeptieren. Für Kanzler Kohl waren dabei die im Kalten Krieg entwickelten Kontinuitätslinien wie westliche Werteorientierung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit hochrangiger als die völlige Überwindung der von

---

### Die Hypothek der deutschen Geschichte manifestierte sich auch im 2 + 4-Vertrag, der die völkerrechtliche Grundlage für die deutsche Einheit am 3. Oktober 1990 bildete.

---

aussen aufgezwungenen Beschränkungen. Die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO war der Garant für die Sicherstellung der friedlichen Entwicklung, die Zusammenarbeit mit Russland das Beispiel für Entspannung, Verständigung und Überwindung von Grenzen sowie die enge Kooperation mit Frankreich der Motor für die EU.

Die Einbindung der deutschen Einheit in das europäische Einigungswerk war dabei das herausragende historische Verdienst von Kohl. Die europäische Einigung wurde durch die enge Kooperation mit den USA abgesichert, und durch die Erweiterungsrunden der NATO sowie das Programm «Partnerschaft für den Frieden» unterstützt. Konkret wurde sie durch die Aufnahme neuer Mitglieder in die EU vollzogen. Es war deutsches Ziel, Europa zu einem Friedenskontinent zu entwickeln und keine neuen Gräben in Europa entstehen zu lassen. Eine Politik der Zurückhal-

---

### Die Einbindung der deutschen Einheit in das europäische Einigungswerk war dabei das herausragende historische Verdienst von Kohl.

---

tung durch Deutschland war in eigenem wie in europäischem Interesse, galt es doch die Befürchtungen, aber auch die Erwartungen der europäischen Nachbarstaaten gleichermaßen zu berücksichtigen. Der politische Wille, aktiv Führungsverantwortung über die EU hinaus zu übernehmen, war aber dadurch zugleich aufs Eis gelegt.

Die deutsche Fokussierung auf die Vereinigung, der unerschütterliche Glaube an die Bedeutung des Multilateralismus und der Vereinten Nationen (UN), die Bindewirkung des Völkerrechts wie des Selbstbestimmungsrechts verhinderten, dass die deutsche politische Elite die revolutionären Umwälzungen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Kommunismus in Europa und in der Welt detailliert analysierte. Unverändert galt für die deutsche Sicherheitspolitik, vertrags-, koalitions- und kompromissorientiert zu agieren und sich von wirtschaftspolitischen Interessen leiten zu lassen. «**Handelsstaat Deutschland**»<sup>5</sup> beschreibt diese Ausrichtung präzise, festzumachen ist dies unter anderem an der Scheckbuchdiplomatie im

<sup>4</sup>Richard Kiessler, Frank Elbe, Ein runder Tisch mit scharfen Ecken, Nomos, Baden-Baden 1993, S. 252f.

<sup>5</sup>Michael Staack, Handelsstaat Deutschland. Deutsche Aussenpolitik in einem neuen internationalen System, Schöningh, Paderborn 2000; Christian Hacke, Die Aussenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Ullstein Verlag, Berlin 2004.



**Weissbuch 2006, Bundesverteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung und General Wolfgang Schneiderhan, Generalinspekteur der Bundeswehr.**

Zweiten Golfkrieg 1990/91 oder am überproportional hohen Beitrag zum EU-Budget. Absolute Priorität besaßen die Friedenssicherung, die Förderung des Wohlbefindens der Bevölkerung und der friedliche Ausgleich durch Wirtschaftsleistungen.<sup>6</sup>

Insbesondere die Kriege im ehemaligen Jugoslawien, die sich vor allem durch die hohe Zahl von Kriegsflüchtigen in Deutschland bemerkbar machten, führten zu einer allmählichen Veränderung der deutschen Sicherheitspolitik. Mit dem ersten militärischen UN-Engagement in Kambodscha und spätestens mit der Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts über Auslandseinsätze der Bundeswehr vom 10. Juli 1994, die den militärischen Einsatz in Systemen kollektiver Sicherheit uneingeschränkt befürwortete, wurde der Einsatz von Streitkräften schrittweise und zögerlich Teil der deutschen Sicherheitspolitik.

Die Bundeswehr war zunächst durch den Vereinigungsprozess und die Übernahme der Nationalen Volksarmee zur «Armee der Einheit» geworden. Erst Ende der 90er-Jahre wurden die deutschen Streitkräfte konzeptionell an die veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen angepasst und die Umgestaltung zu einer Ausbildungs- und Einsatzarmee wurde begonnen. Einige Besonderheiten blieben dabei erhalten: das Konzept der Inneren Führung zur Einbindung des Militärs in die demokratische Gesellschaft, zur Begründung des soldatischen Dienstes und der Anforderungen im Einsatz sowie das Festhalten an der Wehrpflicht. Zugleich wurde die multinationale Einbindung der Bundeswehr in NATO-, EU-Stäben und deren Einrichtungen sowie in bilateralen Verbänden noch verstärkt.

Ebenso wie andere Politikbereiche hatte auch die Sicherheitspolitik der durch die Vereinigung hervorgerufenen hohen Verschuldung Deutschlands Rechnung zu

tragen.<sup>7</sup> Sowohl der Etat des Auswärtigen Amtes wie die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit wurden gekürzt. Zusätzlich führte die «sogenannte Friedensdividende» zu einer ständigen Unterfinanzierung der Streitkräfte und ihrer zahlreichen Reformen. Die ständige Zunahme der Verschuldung zwang die deutsche Regierung auch zu einer Überprüfung der deutschen Beiträge an die EU und führte zu einer verstärkten eigennutzorientierten internationalen Finanzpolitik. Gleichzeitig blieb aber die deutsche Sicherheitspolitik aufgrund der wirtschaftlichen Verflechtungen und Abhängigkeiten von Rohstoffen und Exporten auf ökonomische Faktoren fixiert. Deutschland wurde zurecht als Zivilmacht apostrophiert.

### **Der Beginn der Enttabuisierung des Militärischen**

Waren die Bundeswehreinätze auf dem Balkan Mitte der 90er-Jahre noch Gegenstand heftiger innenpolitischer Debatten, so bildete die erste Kriegsbeteiligung Deutschlands im Kosovo-Konflikt 1999 den Anfang der Enttabuisierung des Kampfeinsatzes der Bundeswehr. Der deutsche militärische Beitrag mit Tornado-Flugzeugen war militärisch minimal, politisch jedoch höchst bedeutsam, zumal dieser von der rot-grünen Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder zu führen und zu verantworten war.<sup>8</sup> Das deutsche Kontingent im anschließenden KFOR-Einsatz war dagegen wesentlich umfangreicher, was auch auf das UN-Mandat zur Friedenssicherung zurückzuführen war. Mit fast 3000 Soldaten übernahm die Bundeswehr den Südwest-Sektor um Prizren, und mit General Klaus Reinhardt<sup>9</sup> stellte es den ersten deutschen NATO-Kommandeur der Kosovo Force 1999/2000 sowie wenig später mit Botschafter Michael Steiner den ranghöchsten UN-Repräsentanten. Sicher-

heitspolitisch waren die diplomatischen Initiativen bedeutsamer, weil damit ein Weg zu einer Friedensregelung und das Ende der NATO-Luftangriffe aufgezeigt wurden. Der von Deutschland maßgeblich entwickelte «Stabilitätspakt für Südosteuropa» bot zusammen mit der UN-Resolution 1244 einen politischen Gesamtrahmen für die Zukunft des Kosovo und den KFOR-Einsatz an.

Die Strukturen sowie die Ausrüstung der Bundeswehr waren aber immer noch vor allem auf Landesverteidigung ausgerichtet. Erst die von Verteidigungsminister Rudolf Scharping veranlassten Reformen und letztendlich die erforderlichen Korrekturen dieser Reformschritte unter Verteidigungsminister Peter Struck im Jahre 2003 hatten das Ziel, bedeutsame Teile der Bundeswehr bis 2010 für das globale Krisenmanagement einsetzbar und einsatzfähig zu machen. Aufgrund der ständigen Unterfinanzierung blieb es jedoch von vornherein offen, ob diese Zielsetzung auch tatsächlich zu realisieren war.

---

**Das Verteidigungsministerium verabschiedete sich mit den Verteidigungspolitischen Richtlinien vom 21. Mai 2003 von der Hauptausrichtung auf Landesverteidigung. Deutschland, so Struck, werde auch am Hindukusch verteidigt. Erst mit der Herausgabe des Weissbuchs 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands wurde dieser Paradigmenwechsel offizielle Politik der Bundesregierung.**

---

Das Verteidigungsministerium verabschiedete sich mit den Verteidigungspolitischen Richtlinien vom 21. Mai 2003 von der Hauptausrichtung auf Landesverteidigung, Deutschland, so Struck, werde auch am Hindukusch verteidigt.<sup>10</sup> Erst mit der Herausgabe des Weissbuchs 2006 zur Si-

<sup>6</sup>Weissbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland 1994, hrsg. v. BMVg, Bonn 1994, S. 42.

<sup>7</sup>Helmut Schmidt spricht von mehreren Kardinalfehlern der damaligen Regierung; bis zu 80 Mrd. € werden jährlich in die neuen Bundesländer transferriert.

<sup>8</sup>ECR Tornado-Flugzeuge mit Spezialbewaffnung für elektronische Kampfführung. Rudolf Scharping, Wir dürfen nicht wegsehen. Der Kosovo-Krieg und Europa, Ullstein, Berlin 1999.

<sup>9</sup>Klaus Reinhardt, KFOR. Streitkräfte für den Frieden, Diessen am Ammersee 2001.

<sup>10</sup><http://www.heise.de/tp/r4/artikel/13/13778/1.html> (Zugriff 12.04.07) Struck 13.12.2002 und Verteidigungspolitische Richtlinien: [www.bmvg.de](http://www.bmvg.de)

cherheitspolitik Deutschlands wurde dieser Paradigmenwechsel offizielle Politik der Bundesregierung.

Mit maximal bis zu 35 000 Soldaten für Beiträge zu Einsätzen (Einsatzkräfte) und mit bis zu 14 000 für Friedensoperationen (Stabilisierungskräfte) hat sich Deutschland ehrgeizige Ziele gesetzt.<sup>11</sup> Der Umfang von fast 50 000 einsetzbaren Soldaten für das globale Krisenmanagement soll in den nächsten Jahren erreicht werden, das derzeitige «System von Aushilfen» und die Fähigkeitslücken aufgrund der Unterfinanzierung müssen aber noch überwunden werden.<sup>12</sup> Diese Mängel haben zu Motivationsverlust, Frust und mangelnder Identifikation mit den Aufgaben, insbesondere mit den Auslandseinsätzen, bei den Soldaten geführt.<sup>13</sup> Es muss rasch gelingen, nach den politischen Ankündigungen die zwingend notwendigen Finanzmittel durch die Regierung und das Parlament bereitzustellen.

Derzeit ist es nicht vorstellbar, dass Deutschland diese fast 50 000 Soldaten umfassenden Kräfte gleichzeitig einsetzen wird, aber das Potenzial soll aufgrund seiner eingegangenen Verpflichtungen gegenüber den UN, der NATO und der EU und aufgrund der internationalen Herausforderungen aufgebaut werden. Nach Abschluss des Umbaus der Bundeswehr von einer reinen Territorialarmee zur Landesverteidigung zu einer weltweit dislozierbaren Einsatzarmee in multinationalen Operationen wird der grösste Paradigmenwechsel für die deutschen Streitkräfte abgeschlossen sein. Allerdings steht noch die Erarbeitung eines zukunftsfähigen Konzepts für die «Allgemeine Wehrpflicht» aus. Diese Frage bleibt auf der Agenda, weil der Wehrpflichtigenanteil der Bundeswehr auf 55 000 Soldaten pro Jahr gesunken ist und die künftigen Aufgaben der Bundeswehr sowie

die demografische Entwicklung innovative Lösungen erfordern.

Mit dem Konzept der Transformation verbindet Verteidigungsminister Franz Josef Jung die Vision, die Einsatzfähigkeit der Streitkräfte in einem sich ständig wandelnden sicherheitspolitischen Umfeld zu erhöhen bzw. zu erhalten. **Alte** Denkvorstellungen, Strukturen und Organisationsformen müssen überwunden und neue Formen der nationalen wie internationalen Kooperation aller politischen, militärischen wie zivilen Akteure entwickelt werden.<sup>14</sup>

---

### Alte Denkvorstellungen, Strukturen und Organisationsformen müssen überwunden und neue Formen der nationalen wie internationalen Kooperation aller politischen, militärischen wie zivilen Akteure entwickelt werden.

---

Das Konzept der «zivilen Konfliktprävention» und das deutsche Konzept des «Regionalen Wiederaufbauteams» in Afghanistan weisen in die Richtung zu vernetzender Strukturen und betonen die Gleichzeitigkeit des politischen, wirtschaftlichen, humanitären, polizeilichen und militärischen Engagements beim Krisenmanagement.<sup>15</sup> Vergleicht man die Kosten, die die Auslandseinsätze der Bundeswehr verursachen, mit den Ausgaben für den Einsatz von Polizeikräften und zivilen Experten in diesen Einsätzen sowie mit den Leistungen für humanitäre Hilfe und für wirtschaftlichen Wiederaufbau, so stellt sich die Frage nach einer angemessenen Ba-

lance der eingesetzten Kräfte und Mittel. Daher sollte geprüft werden, ob nicht auf politischer wie auf nichtmilitärischer Seite noch deutlich stärkere Anstrengungen unternommen werden müssen, um dem Anspruch des erweiterten Sicherheitsbegriffs auch gerecht werden zu können.

Die Reformschritte der Bundeswehr waren aufgrund der fundamentalen Veränderung der weltpolitischen Situation zwingend erforderlich. Die Terroranschläge am 11. September 2001 auf die USA haben nicht nur die internationalen Beziehungen verändert, sondern zugleich neue Herausforderungen für die westlichen Demokratien und ihre verwundbaren Gesellschaften offenbart. Mit der Erklärung der «uneingeschränkten Solidarität» Deutschlands mit den USA durch Kanzler Schröder und der NATO-Entscheidung, zum ersten und bisher einzigen Male den Bündnisfall gemäss Artikel 5 festzustellen, hat Deutschland signalisiert, zu «Risiken – auch im Militärischen»<sup>16</sup> überall auf der Welt bereit zu sein. Allerdings schränkte Schröder Deutschlands Bereitschaft sofort ein, – dies im Geiste des NATO-Vertrags sowie gemäss der Vorgaben des Grundgesetzes – «aber nicht zu Abenteuern».<sup>17</sup> Mit der Entsendung von Spezialkräften nach Afghanistan,

---

### Militärische Macht war zu einem Mittel der deutschen Sicherheitspolitik geworden.

---

von ABC-Abwehrkräften nach Kuwait sowie von Marinekräften an das Horn von Afrika und ins Mittelmeer im NATO-Rahmen vollzog Deutschland einen weiteren Paradigmenwechsel. Militärische Macht war zu einem Mittel der deutschen Sicherheitspolitik geworden. Diese veränderte politische Haltung der deutschen Regierung führte allerdings dazu, dass Kanzler Schröder gezwungen war, die mi-



Das Aufklärungsgeschwader 51 «Immelmann» ist bereit für den Einsatz in Afghanistan.

<sup>11</sup> Weissbuch 2006, S. 76f.

<sup>12</sup> Bundespräsident Horst Köhler, Rede bei der Kommandeurtagung der Bundeswehr, Bonn 10.10.2005.

<sup>13</sup> Armee in Not, Der Wehrbeauftragte beklagt unhaltbare Zustände in den Kasernen; Die Zeit <http://zeits.zeit.de/text/online/2007/12/Bundeswehr-Presseschau> (Zugriff 22.03.07).

<sup>14</sup> Franz Josef Jung, Key Note Speech 23rd International Workshop on Global Security, Berlin 18.05.06.

<sup>15</sup> Aktionsplan «Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung» vom 12.05.2004 <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/FriedenSicherheit/Krisenpraevention/Uebersicht.html> (Zugriff 30.04.2007).

<sup>16</sup> Gerhard Schröder, Regierungserklärung am 19.09.2001 vor dem Deutschen Bundestag, siehe: [http://www.documentarchiv.de/brd/2001/rede\\_schroeder\\_terror-usa02.html](http://www.documentarchiv.de/brd/2001/rede_schroeder_terror-usa02.html) (Zugriff 12.04.07).

<sup>17</sup> Ebenda.

litärische Unterstützung der US-geführten Operation Enduring Freedom (OEF) in Afghanistan im Deutschen Bundestag am 16. November 2001 mit der Vertrauensfrage zu verbinden.<sup>18</sup>

Einen weiteren Bruch mit der bisherigen Politik stellte in den Augen vieler Politiker und der Mehrheit der deutschen Bevölkerung die deutsche Beteiligung an der UN-Friedenstruppe für den Libanon im Sommer 2006 dar. Ein Engagement deutscher Soldaten im Nahen Osten war aufgrund der historischen Belastung gegenüber dem jüdischen Volk zwar stets ausgeschlossen worden, aber bereits Kanzler Schröder hatte im April 2002 die Möglichkeit eines deutschen militärischen Einsatzes nicht mehr ausgeschlossen. Die Entscheidung von Kanzlerin Merkel, diesen Einsatz zu befürworten, war dennoch erst nach einigen innenpolitischen Streitigkeiten möglich. Seit Herbst 2006 leisten die deutschen Marinekräfte einen wichtigen Beitrag im Rahmen der UNIFIL-Operation, und dies in enger Kooperation mit der libanesischen Regierung sowie auf Bitten Israels. Damit hat Deutschland im Nahen Osten sicherheitspolitisch eine bedeutende friedenssichernde Rolle übernommen, insbesondere weil die Sicherheit Israels von herausragendem Interesse für Deutschland ist.<sup>19</sup>

Das Zustandekommen von Entscheidungen sowie die Planungsprozesse für eine militärische Beteiligung<sup>20</sup> weisen allerdings auf ein Dilemma der deutschen Politik hin, nämlich auf das Fehlen eines übergeordneten sicherheitspolitischen Konzepts. Obwohl ein solches Gesamtkonzept bei der Willensbekundung, ein Weissbuch zur Sicherheit Deutschlands 2006 herauszugeben, angedacht war, konnte dies aufgrund politischer Versäumnisse und Unstimmigkeiten in der Regierungskoalition nicht geleistet werden. So bleibt das Weissbuch hinter den Erfordernissen für eine zukunftsfähige und vorausschauende Sicherheitspolitik zurück, denn eindeutige Positionen für eine eigene Sicherheitsstrategie, die dem Konzept der vernetzten Strukturen gerecht wird und auch die Sicherheit des eigenen Landes einbezieht, wurden nicht entworfen. Desgleichen fehlen Konzepte für die Weiterentwicklung der UN, der NATO und der EU, der nuklearen Abschreckung sowie für das globale Krisenmanagement.

Noch nicht abschliessend beantwortet ist ebenfalls die Rolle der Bundeswehr beim Schutz der deutschen Bevölkerung auf eigenem Territorium. Die Bekämpfung des Terrorismus besitzt eine hohe Priorität für Deutschland. Neben der internationalen Kooperation, die für eine Verhinderung von Terroranschlägen unerlässlich ist, sind in den letzten Jahren unter der Federführung der Bundesminister des Innern Otto Schily und Wolfgang Schäuble die



ISAF-Einsatz: Soldaten des Bataillons Operative Information verteilen Zeitschriften in Afghanistan.

zentralen Strukturen der Inneren Sicherheit reformiert worden (Bundesnachrichtendienst, Bundeskriminalamt, Bundespolizei, Terror-Abwehrzentrum). So konnte bei der Fussball-Weltmeisterschaft im Sommer 2006 durch Kooperation der relevanten nationalen Institutionen und der Bundeswehr sowie durch internationale Zusammenarbeit die Sicherheit gewährleistet werden.

Dennoch erscheint eine Verfassungsänderung zum Schutz des Luftraums, der Seewege und Küstenlinien und zur Ermöglichung internationaler Kooperation inner- und ausserhalb der EU überfällig. War es im Kalten Krieg im Rahmen der Gesamtverteidigung erforderlich, die militärischen Planungen durch die Leistungen der Zivilgesellschaft zu ergänzen, so erfordern die heutigen Risiken und Bedrohungen genau das Gegenteil. Vorrang besitzt heute die zivile Planung und Führung bei der Abwehr von möglichen Gefahren. Der Gebrauch der militärischen Komponente ist nur dann notwendig, wenn die zivilen und polizeilichen Mittel nicht ausreichend vorhanden sind. So bald wie möglich sollten die Zuständigkeiten klar und eindeutig definiert und alle vorhandenen Mittel für Prävention, Abwehr und für das Krisenmanagement bereitgestellt werden.

Mit der Schaffung einer nationalen Führungsfähigkeit, einer strategischen Aufklärungskomponente, von Kapazitäten für strategische Verlegung sowie der Stärkung der Rolle des Generalinspektors sind in der Bundeswehr wegweisende Neuerungen eingeführt worden. Deutsche Streitkräfte sind zu einem Instrument der Friedenspolitik und des globalen Krisenmanagements umstrukturiert worden, ihr Einsatz wird in jedem Einzelfall nach Prüfung der eigenen Werte und Interessen durch die Bundesregierung vorgeschlagen und durch den Deutschen Bundestag beschlossen.<sup>21</sup> Es ist aber hier anzumerken,

dass diese grundlegenden Veränderungen des militärischen Instruments nicht auch zu einer grundsätzlichen Überprüfung und Transformation aller sicherheitspolitischen Elemente und der Strukturen des Regierungshandelns geführt haben (Konzeption des Bundessicherheitsrats, raschere politische Entscheidungsfindung, Erarbeitung einer nationalen Sicherheitsstrategie, politische Führungsstrukturen für zu vernetzende Politikbereiche, um nur einige Punkte zu nennen).

## Deutschland als europäische Mittelmacht

Es wäre sicherlich interessant zu analysieren, ob die Weiterentwicklung der EU oder der NATO für Deutschland von höherer Priorität war und ist. Diese Frage ist aber nicht Gegenstand meiner Untersuchung. Wesentlich wichtiger ist für mich die folgende Feststellung: Zielsetzung deutscher Politik ist es, die Entwicklung der EU in Richtung stärkerer Integration und Erweiterungsfähigkeit zu fördern, und dabei zugleich «die enge, freundschaftliche Verbindung mit den Vereinigten Staaten von Amerika und eine starke NATO»<sup>22</sup> zu

<sup>18</sup> <http://www.bundestag.de/bp/2001/bp0110/0110019a.html> (Zugriff 12.04.07).

<sup>19</sup> Bundestagsmandat für die deutsche Beteiligung an UNIFIL gemäss der UNSR Resolution 1701 vom 11.08.2006, bis zu 2400 Soldaten kann die Bundesregierung einsetzen.

<sup>20</sup> Auslandseinsätze seit 1992: zirka 9 Mrd. € Kosten, über 200000 Soldaten wurden in verschiedene Einsätze entsendet und dabei haben 68 Soldaten ihr Leben verloren.

<sup>21</sup> Weissbuch 2006, S. 28; siehe auch Hanns W. Maull, nationale Interessen! Aber was sind sie? Internationale Politik, IP Oktober 2006, S. 62–76.

<sup>22</sup> [http://www.bundestag.de/nn\\_5296/Content/DE/Rede/2007/03/2007-03-25-rede-bk-berliner-erklaeung.html](http://www.bundestag.de/nn_5296/Content/DE/Rede/2007/03/2007-03-25-rede-bk-berliner-erklaeung.html) Bundeskanzlerin Angela Merkel, Berlin 25.03.2007 (Zugriff 12.04.07).

erhalten. Der Ausbau der EU, die Stärkung der NATO und die intensive Kooperation mit den USA sind aus deutscher Sicht von fundamentalem europäischen Interesse. Aber sowohl die EU, die NATO als auch

Zielsetzung deutscher Politik ist es, die Entwicklung der EU in Richtung stärkerer Integration und Erweiterungsfähigkeit zu fördern, und dabei zugleich «die enge, freundschaftliche Verbindung mit den Vereinigten Staaten von Amerika und eine starke NATO» zu erhalten.

die transatlantische Zusammenarbeit werden in den letzten Jahren durch unterschiedliche nationale Interessen, Konzepte und Wahrnehmungen der Mitgliedstaaten geprägt.

Die deutsche Politikausrichtung findet innenpolitisch nicht uneingeschränkten Zuspruch, vor allem führt sie aber zu Meinungsverschiedenheiten mit den zentralen westlichen Verbündeten, den USA, Gross-

britannien und Frankreich. Deshalb war immer geschicktes diplomatisches Verhalten notwendig, um als Vermittler die gegensätzlichen Positionen zusammenzuführen und Kompromisse zu ermöglichen. Dies hatte Kanzler Schröder bei seiner Entscheidung aus den Augen verloren, als er den USA die Gefolgschaft in der Irakfrage verweigerte. Mit Marktplatzreden vergrößerte er die Kluft zwischen ihm und US-Präsident Bush junior und marginalisierte den deutschen Einfluss auf die US-Politik und auch auf die EU während der Krise 2002/2003.<sup>23</sup>

Trotz der Schatten der Irakkrise sind in den sieben Regierungsjahren unter Schröder die EU wie die NATO weiterentwickelt worden. Die EU-Erweiterung zum 1. Januar 2007 auf 27 Mitgliedsstaaten mit nunmehr über 480 Millionen Einwohnern hat den europäischen Einigungsprozess vorangebracht. Hervorzuheben ist die von Aussenminister Joschka Fischer<sup>24</sup> initiierte und von Deutschland und Frankreich forcierte Entscheidung, einen Verfassungsvertrag für die EU zu erarbeiten. Allerdings sind die Bemühungen, die EU durch einen Verfassungsvertrag zukunftstauglich und erweiterungsfähig zu machen, aufgrund der Referenden in Frankreich und in den Niederlanden 2005 gescheitert. Der jetzt

Es bleibt die zentrale Aufgabe der deutschen Regierung in den nächsten Jahren, der EU Wege aus ihrer Krise zu weisen.

auf dem EU-Gipfel am 21./22. Juni in Brüssel aufgezeigte Weg bietet die Chance, die EU wieder handlungsfähig zu machen. Es bleibt die zentrale Aufgabe der deutschen Regierung in den nächsten Jahren, der EU Wege aus ihrer Krise zu weisen. Dabei hat sich in den letzten Jahren erwiesen, dass nur ein wirtschaftlich starkes Deutschland die EU politisch voranbringen kann.

Mit oberster Priorität setzt sich Deutschland für die Wahrung des Friedens, für die Einigung Europas, für die Beach-

<sup>23</sup>Staac, Rot-Grüne Aussenpolitik, S.29; Staack spricht von handwerklichen Fehlern.

<sup>24</sup>Joschka Fischer, Vom Staatenbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration. [www.europarecht.jku.at/e1409/e2411/files/2414/Fischer\\_Finaltaet.pdf](http://www.europarecht.jku.at/e1409/e2411/files/2414/Fischer_Finaltaet.pdf) (Zugriff 12.04.07).

#### Zivil-militärische Kooperation (CIMIC): Wiederaufbauprojekt in Nordafghanistan.



tung und Stärkung des Völkerrechts und für die friedliche Streitbeilegung ein. Die Stärkung der gemeinsamen europäischen Aussen- und Sicherheitspolitik war stets ein wesentliches Anliegen deutscher Politik. Jedoch dominieren bei den meisten Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten die nationalen Egoismen, und das europäische Interesse steht oft nicht im Vordergrund der politischen Akteure. Die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Politik ist möglich, wenn die Regierungen dazu den Willen haben, wie einige Beispiele illustrieren. Im Rahmen der EU-3-Initiative nimmt Deutschland eine wichtige Rolle bei den diplomatischen Verhandlungen mit dem Iran ein. Ziel ist es, die Entwicklung des Irans zu einer weiteren Atommacht zu verhindern. Auch die Nahost-Diplomatie und die Wiederbelebung des Nahost-Quartetts durch Kanzlerin Merkel und Aussenminister Steinmeier sind Beleg einer bemerkenswerten Übereinstimmung innerhalb der EU.

Die grössten Fortschritte sind der EU neben der Einführung der gemeinsamen Währung im Bereich der europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik gelungen. Die starke deutsche Unterstützung für das «European Headline Goal» in militärischer wie in ziviler Hinsicht und die Einrichtung von EU-Strukturen und Gremien in Brüssel sind markante Schritte in Richtung einer grösseren politischen Rolle der EU. Zugleich befürwortet Deutschland den Ausbau der strategischen Partnerschaft der EU mit der NATO, bei der aufgrund politischer Vorbehalte vor allem von Frankreich und der Türkei bisher nur auf militärischem Gebiet durch die «Berlin plus Vereinbarung»<sup>25</sup> und die Unterstützung der NATO für EU-Operationen auf dem Balkan erste vorzeigbare Ergebnisse erzielt worden sind.

Bei aller Wertschätzung dieser Fortschritte darf jedoch nicht übersehen werden, dass die EU und auch Deutschland noch einen weiten Weg zurückzulegen haben, um eine kohärente und glaubwürdige Politik zu entwickeln, die es ermöglicht, effizient politische, zivile, wirtschaftliche, humanitäre und militärische Instrumente in ein Gesamtkonzept einzubinden. Die europäische Sicherheitsstrategie muss überarbeitet werden, damit diese als konkrete Leitlinie für die EU-Politik dienen kann. Deutschland mit seinen bedeutenden Zusagen wird noch erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, um alle seine Verpflichtungen erfüllen zu können; und konzeptionell muss Deutschland die Vernetzung seiner eigenen Instrumente und Politikbereiche realisieren, dies mit höheren finanziellen Aufwendungen und in enger Abstimmung mit EU und NATO.

Aus Sicht Deutschlands ist und bleibt die NATO der sicherheitspolitische Anker der deutschen wie europäischen Sicherheit sowie das politische wie militärische Forum

Aus Sicht Deutschlands ist und bleibt die NATO der sicherheitspolitische Anker der deutschen wie europäischen Sicherheit sowie das politische wie militärische Forum des transatlantischen Dialogs.

des transatlantischen Dialogs. Mit dem Ausbau des Partnerschaftsprogramms, zuletzt in Richtung Naher und Mittlerer Osten, vor allem aber mit den Erweiterungsrounden hat die NATO mit jetzt 26 Nationen eine nie da gewesene Grösse erreicht. Fast 70

Prozent der weltweiten Verteidigungsausgaben werden durch die NATO-Nationen ausgegeben, allein das US-Verteidigungsbudget umfasst 46 Prozent der über € 900 Mrd. betragenden globalen Militärausgaben. Deutschland hat gezielt die NATO-Erweiterungsrounden unterstützt, dabei aber immer wieder darauf geachtet, dass die Sicherheitsbedenken Russlands in die Über-

Deutschlands Leitlinie ist, dass es beim Krisenmanagement ebenso wie bei der Abwehr terroristischer Gefahren keine militärischen Lösungen gibt.

legungen der NATO einbezogen wurden und keine neuen Trennungslinien in Europa entstanden. Der deutsche Beitrag zu den Operationen auf dem Balkan, in Afghanistan und im Kampf gegen den internationalen Terrorismus ist seit Mitte 1999 konstant hoch, auch die deutsche Beteiligung an der NATO Response Force ist signifikant. Innerhalb der NATO setzt sich Deutschland verstärkt für eine Komplementarität mit der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ein und befürwortet bei der Durchführung der Operationen im Kosovo wie in Afghanistan, dass neben der militärischen Absicherung und Stabilisierung in gleichem Masse die erforderlichen Schritte für den Wiederaufbau des Landes und für die wirtschaftliche Entwicklung und die humanitäre Unterstützung der Bevölkerung geleistet werden. Deutschlands Leitlinie ist, dass es beim Krisenmanagement ebenso wie bei der Abwehr terroristischer Gefahren keine militärischen Lösungen gibt.<sup>26</sup>

Mit der Verabschiedung der «Umfassenden Politischen Leitlinie» auf dem NATO-Gipfel im November 2006 hat die NATO ihre Vorstellungen für künftige mögliche Operationen konkretisiert.<sup>27</sup> Hatte Kanzlerin Merkel auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2006 noch postuliert, der NATO «ein Primat» zu geben, so verweigerte sie auf diesem NATO-Gipfel zusätzliche substantielle militärische oder zivile Beiträge für die Friedenskonsolidierung in Afghanistan. Solange Deutschland bei der Auswahl seiner Einsatzgebiete und Einsatzmittel auf Risikominimierung seiner eingesetzten Soldaten setzt, solange die NATO nicht ihre Strategie aus dem Jahre



ISAF-Einsatz: Interkulturelle Kompetenz ist eine wichtige Voraussetzung, um die Unterstützung der Menschen in Afghanistan gewinnen zu können.

<sup>25</sup> siehe <http://www.nato.int/issues/nato-eu/index.html> (Zugriff 11.04.07).

<sup>26</sup> Bundeskanzlerin Angela Merkel, Weissbuch 2006, S. 2–3.

<sup>27</sup> <http://www.nato.int/docu/basic/txt/b061129e.htm> (Riga 29. November 2006).





Der Dingo im ISAF-Einsatz in Afghanistan.

1999 den neuen Herausforderungen angepasst hat, und solange die strategische Partnerschaft zwischen der EU und der NATO nicht wirklich realisiert ist, bleibt die politische wie militärische Fähigkeit der NATO begrenzt. Deutschland hat ein besonderes Interesse an einer starken NATO und sollte daher seine eigenen Fähigkeiten deutlich verbessern und Kriterien für eine neue NATO-Strategie wie zur Rolle der Nuklearwaffen erarbeiten.

Basis guter transatlantischer Beziehungen ist und bleibt die Pflege und Vertiefung der deutsch-amerikanischen Kooperation, auch die Stationierung von US-Truppen auf deutschen Boden wird begrüßt. Vertrauen und Freundschaft sollen durch gegenseitige Konsultation und abgestimmtes Handeln gebildet werden. Deutschland hat den USA während des Kalten Kriegs und vor allem während der Wiedervereinigung viel zu verdanken. Gleiches gilt für den europäischen Einigungsprozess, auch wenn nicht immer Interessenkongruenz und Harmonie zwischen den transatlantischen Partnern die Kooperation bestimmten. Die Wertegemeinschaft und die globalen Herausforderungen sollten beiden Seiten verdeutlichen, dass beide nur durch gemeinsames Handeln die Welt sicherer gestalten und die Krisen und globalen Herausforderungen überwinden können.<sup>28</sup> Enge Kooperation schließt dabei keineswegs aus, dass beide sich im intensiven Dialog auch ihrer unterschiedlichen politischen und strategischen Konzepte zur Bewältigung internationaler Risiken und Bedrohungen bewusst werden (Irak, militärische Einsatzformen in Afghanistan, Guantanamo, Krieg gegen den Terror, Abrüstung, Klimawandel). Trotz dieser Meinungsunterschiede kann die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Kanzlerin Merkel und Präsident Bush zu konkreten Ergebnissen führen, wie zum Beispiel in der Irankrise oder beim Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation zwischen den USA und der EU.

Besondere Bedeutung für Deutschland besitzt die Einbindung Russlands in die europäische wie globale Politik. Eine enge Kooperation zwischen der NATO und Russland durch eine stärkere Nutzung des NATO-Russland-Rats sowie zwischen der EU und Russland durch einen Ausbau der angestrebten strategischen Partnerschaft sind konkrete deutsche Ziele. Die Freundschaft zwischen Kanzler Schröder und Präsident Putin hatte während der Irakkrise zu Spekulationen über eine Achsenbildung Paris–Berlin–Moskau geführt,<sup>29</sup> und auch Unbehagen in Polen und bei anderen osteuropäischen Nachbarstaaten ausgelöst. Diese Dissonanzen innerhalb der EU sind mittlerweile weitgehend ausgeräumt, Sachpolitik dominiert wieder die politische Agenda auf deutscher Seite. Die derzeitige Politik Russlands, die mit Streben nach Grossmachtspolitik und neuem Selbstbewusstsein nur ungenügend gekennzeichnet ist, gibt allerdings wenig Hoffnung auf konkrete Kooperationsabkommen.<sup>30</sup> Konfrontation gegenüber dem Westen scheint vorrangiges Motto russischer Politik zu sein. Dennoch bleibt Russland trotz aller Meinungsverschiedenheiten (Menschenrechte, demokratische Entwicklung, Kosovo-Status, Raketenabwehrsystem der USA) für Deutschland ein wichtiger Partner bei der Lösung von regionalen Konflikten, und der Ausbau der bilateralen Beziehungen bleibt zentraler Bestandteil deutscher Politik. Des Weiteren liegt die Schaffung stabiler Energiebeziehungen mit Russland in besonderem deutschen wie europäischen Interesse.<sup>31</sup>

In jüngster Zeit haben die Diskussionen über den Bau einer Raketenabwehr durch die USA mit neuen Radar- und Raketenabwehrbasen in Tschechien und in Polen für erheblichen Zündstoff gesorgt. Für die deutsche Regierung kam es darauf an, sowohl den berechtigten Sicherheitsbedürfnissen der USA und Europas Rechnung zu tragen, als auch keine neuen Fronten mit

Russland entstehen zu lassen. Durch Dialog, Schaffung von Transparenz und Rückkehr zur Sachpolitik ist es gelungen, einen Konsens in der NATO über das weitere Vorgehen zu erzielen und zugleich den Grundsatz der «Unteilbarkeit der Sicherheit» innerhalb der NATO zu bekräftigen. Möglichen Bedrohungen, die durch die Proliferation von Nuklearwaffen und Trägersystemen und durch Langstreckenraketen entstehen können, soll durch den Aufbau von Abwehrsystemen begegnet werden. Dabei wird Russland als Partner der Europäer und der NATO angesehen. Die Prüfung von Optionen für Abwehrsysteme, die einen Schutz für ganz Europa und alle NATO-Staaten gewährleisten, soll bis zum Frühjahr 2008 abgeschlossen sein.<sup>32</sup>

Bei der Ausrichtung der Sicherheitspolitik auf die wichtigsten Mächte USA, Russland und Frankreich darf die Zusammenarbeit mit Grossbritannien, Italien und Polen und mit allen anderen EU-Mitgliedsstaaten nicht vernachlässigt werden. Die enge Kooperation mit allen Partnern sowie die Einbeziehung dieser Positionen in die Entwicklung der eigenen Politik

---

**Die enge Kooperation mit allen Partnern sowie die Einbeziehung dieser Positionen in die Entwicklung der eigenen Politik waren und sind eine besondere Stärke deutscher Sicherheitspolitik.**

---

waren und sind eine besondere Stärke deutscher Sicherheitspolitik. Es bleibt zu hoffen, dass das neue deutsch-französische Tandem mit Präsident Nicolas Sarkozy im Sinne Europas und der Interessen seiner Mitgliedsstaaten die Weiterentwicklung der EU forcieren wird. Dies gilt auch für eine enge und vertrauensvolle Kooperation mit der Türkei. Die EU zu 27 braucht deutsch-französische Impulse, aber keine Dominanz. Ziel sollte es sein, nicht nur Krisen von Europa fernzuhalten, sondern auch die Interessen der Nachbarn der EU einzubeziehen und ein Auseinanderdriften mit der

<sup>28</sup> Angela Merkel, Rede Handlungsfähigkeit der NATO stärken, Berlin 25.10.2006, [http://www.bundeskanzlerin.de/mn\\_5296/Content/DE/Rede/2006/10/2006-10-24-rede-bkin-di-atlantische-gesellschaft.html](http://www.bundeskanzlerin.de/mn_5296/Content/DE/Rede/2006/10/2006-10-24-rede-bkin-di-atlantische-gesellschaft.html)

<sup>29</sup> vgl. Gemeinsame Erklärung Russlands, Deutschlands und Frankreichs zu Irak vom 10.02.2002, in: Internationale Politik, 58 (2003) 3, S. 119–120.

<sup>30</sup> Russland-EU Gipfel am 18. Mai 2007 in Samara.

<sup>31</sup> <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Info-service/Presse/Reden/2007/070227-cofac-btg.html> Außenminister Steinmeier, Rede am 26.02.2007.

<sup>32</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.06.2007 S. 6, NATO prüft Bau einer Raketenabwehr.



**Der Transporthubschrauber CH-53 G im KFOR-Einsatz im Kosovo.**

US-Politik zu vermeiden. Die EU darf sich nicht noch einmal wie in der Irakkrise spalten lassen. Deutsches Handeln als Vermittler zwischen den transatlantischen Akteuren bleibt auch in Zukunft unerlässlich.

## Deutschland als globaler Akteur

Liegt die Zukunft Deutschlands eindeutig in Europa, so ist dennoch in den letzten Jahren sehr deutlich spürbar geworden, dass die Regierung die Notwendigkeit erkannt hat, die deutschen Interessen weltweit zu vertreten. In einer zunehmend globalisierten Welt, in der die nationale Wirtschaftsentwicklung durch die internationalen Märkte geprägt wird und die Weltwirtschaft weiter rasant wächst, war Deutschland gut beraten, sich auf die veränderten globalen Bedingungen einzustellen. Einige Aspekte sollen hier exemplarisch dargestellt werden.

Deutschland misst der Globalisierung, dem dynamischen Wandlungsprozess der Weltwirtschaft mit seinen positiven wie negativen Folgen eine hohe Bedeutung zu. Daher setzt sich die deutsche Regierung für mehrere Ziele gleichzeitig ein. Leitlinie dabei ist, durch mehr Freiheit für mehr Sicherheit zu sorgen. Erstens sollen durch eine verstärkte Entwicklungszusammenarbeit die Länder in Afrika stärker unterstützt und schrittweise in die Weltwirtschaft integ-

riert werden.<sup>33</sup> Gerade die zu erwartende Bevölkerungsexplosion verbunden mit den Konsequenzen des Klimawandels erzeugt hohen Handlungsbedarf für die internationale Gemeinschaft wie für die afrikanischen Länder selbst. Zweitens ist sich Deutschland zusammen mit den EU-Mitgliedsstaaten seiner grossen Abhängigkeit von Energieressourcen bewusst. Die auf dem EU-Gipfel im März beschlossenen Massnahmen zur Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen tragen deutlich die Handschrift der deutschen EU-Präsidentschaft. Drittens sind Klimaschutz und Energiesicherheit untrennbar voneinander zu begreifen und Lösungsansätze und bindende Vereinbarungen nur auf globaler Ebene zu erreichen.<sup>34</sup>

Als Mitglied in der Gruppe der Acht (G-8) hatte Deutschland im Jahre 2007 turnusmässig die Präsidentschaft. Auf dem Gipfel in Heiligendamm vom 6. bis 8. Juni standen verschiedene Themen wie die Ausgestaltung der Weltwirtschaft, der Klimawandel und die Entwicklung Afrikas auf der Agenda. Dabei ist es gelungen, die Klimapolitik der beteiligten Staaten auf die UN-Ebene zu verpflichten und für den afrikanischen Kontinent neue Perspektiven zu eröffnen. Kanzlerin Merkel hat sich dabei als ausgezeichnete Regierungschefin profiliert und nochmals ihre Absicht bekräftigt, die deutschen Leistungen für Entwicklungszusammenarbeit deutlich zu steigern.<sup>35</sup>

Da Deutschland vertrags- und kompromissorientiert agiert, befürwortet es für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit der Staatengemeinschaft den multilateralen

---

Da Deutschland vertrags- und kompromissorientiert agiert, befürwortet es für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit der Staatengemeinschaft den multilateralen Ansatz. Den UN sowie dem UN-Sicherheitsrat kommt dabei eine zentrale Rolle zu.

---

Ansatz. Den UN sowie dem UN-Sicherheitsrat kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Im Jahre 2005 scheiterten die Bemühungen der Regierung Schröder, einen permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat zu

<sup>33</sup> [http://www.bundestkanzlerin.de/nm\\_5296/Content/DE/Rede/2007/02/2007-02-15-rede-bkin-afrika-frankreich-gipfel-in-cannes.html](http://www.bundestkanzlerin.de/nm_5296/Content/DE/Rede/2007/02/2007-02-15-rede-bkin-afrika-frankreich-gipfel-in-cannes.html) Bundeskanzlerin Angela Merkel, Rede am 27.02.2007.

<sup>34</sup> Bundeskanzlerin Angela Merkel, Rede am 24.01.2007 in Davos, Eröffnung World Economic Forum [http://www.bundestkanzlerin.de/nm\\_5296/Content/DE/Rede/2007/01/2007-01-24-rede-bkin-davos.html](http://www.bundestkanzlerin.de/nm_5296/Content/DE/Rede/2007/01/2007-01-24-rede-bkin-davos.html)

<sup>35</sup> Welt am Sonntag, 10.06.2007; geplant: 0,7% des Bruttoinlandsprodukts bis 2015 bereitzustellen.

erhalten, da die Initiative der «Group of Four» (Japan, Indien, Brasilien, Deutschland) nicht die erforderliche Unterstützung erhielt. Auch andere Reformbestrebungen erzielten nur geringe Fortschritte; dennoch müssen die UN konzeptionell und strukturell besser aufgestellt werden, wenn sie den künftigen Herausforderungen mit mehr Effektivität begegnen sollen. Unverändert ist Deutschland bereit, Verantwortung zu übernehmen, den Reformprozess der UN zu unterstützen und nach einer UN-Reform einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat mit weiteren Staaten zu akzeptieren.

Zur Förderung der eigenen Politik wäre es sehr zu begrüssen, wenn die deutsche Regierung konzeptionelle Grundlagen für eine engere Zusammenarbeit mit Indien und mit China erarbeitet und sich für den Abbau von Protektionismus und Subventionen, vor allem von Agrarsubventionen innerhalb der EU einsetzt. Nur wenn sich Deutschland noch wesentlich intensiver China und Indien zuwendet und seine Politik in die gemeinsame EU-Politik einfließen lässt, wird es gelingen, sich adäquat auf die globalen Veränderungen einzustellen und diese auch zu gestalten.

Aufgrund seiner historischen Entwicklung setzt sich Deutschland für Abrüstung und Rüstungskontrolle ein und fordert verstärkte Bemühungen um Abrüstung, da heute der Friede «weniger denn je auf militärische Abschreckung, sondern auf der Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zur Überwindung politischer Trennlinien»<sup>36</sup> basiert. Vor allem die Nuklearmächte müssen

Aufgrund seiner historischen Entwicklung setzt sich Deutschland für Abrüstung und Rüstungskontrolle ein und fordert verstärkte Bemühungen um Abrüstung, da heute der Friede «weniger denn je auf militärische Abschreckung, sondern auf der Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zur Überwindung politischer Trennlinien» basiert.

ten klare Abrüstungssignale senden, und die internationale Gemeinschaft sollte den hohen Wert von vertraglich abgesicherter Nichtverbreitung sowie von weltweit geltenden Abrüstungsabkommen anerkennen. Mit präventiver Diplomatie und auch mit Einsatz von Druck könnten Bedingungen für den Verzicht bestimmter Staaten von der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen geschaffen werden. Ob dieser An-

satz allerdings ausreichend ist, Terroristen und Staaten den Zugriff auf diese Waffen und deren Einsatz zu verwehren, ist höchst fraglich. Das Motto «Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit» gilt unverändert. Zugleich wäre es auch in diesem wichtigen Politikfeld erstrebenswert, wenn Deutschland mit Abrüstungsinitiativen und Vorschlägen für eine Begrenzung des Waffenhandels einen Beitrag für eine konfliktärmere Welt leistet.

Begünstigt durch seine Werteorientierung, den friedlichen Vereinigungsprozess und seinen umfassenden sicherheitspolitischen Ansatz hat Deutschland mehr und mehr das Format gewonnen, auch auf globaler Ebene eine zentrale Rolle einzunehmen. Aufgrund seiner eigenen Grösse und Stärke<sup>37</sup> könnte der Wille der deutschen Regierung wie der politischen Eliten

---

**Daher ist eine breite gesellschaftliche Debatte über die Sicherheitspolitik und die Rolle der Bundeswehr notwendig.**

---

wachsen, sich den internationalen Herausforderungen, Risiken und Bedrohungen in vorderster Linie zu stellen und hierfür auch Verantwortung zu übernehmen. Dies ist bisher kaum erkennbar, zumal auch für Auslandseinsätze der Bundeswehr die Unterstützung der Bevölkerung nicht immer gegeben ist. Mit freundlichem Desinteresse hat Bundespräsident Horst Köhler diese Haltung beschrieben. Daher ist eine breite

gesellschaftliche Debatte über die Sicherheitspolitik und die Rolle der Bundeswehr notwendig.<sup>38</sup> Wenn es richtig ist, dass die Haltung der Menschen («all politics is local») ein wesentliches Element bei der Entscheidungsfindung der Regierung ist, dann wird die deutsche Politik weiter eher zu «soft power» neigen.

Dass das Ringen um Macht und Einfluss ein politischer Prozess und ein Wesensmerkmal demokratischer Prozesse ist, kann jeden Tag auf nationaler Ebene beobachtet werden. Machtpolitische Auseinandersetzungen sind aber auch Kennzeichen für das Zusammenleben der internationalen Staatengemeinschaft. Will Deutschland verstärkt seine Interessen und Zielvorstellungen durchsetzen, muss es mehr Macht und Einfluss anstreben. Will es nur Mitspieler und Mitgestalter sein, so werden andere Staaten die politischen Entwicklungen in der Welt stärker bestimmen. Noch dominieren nationale Themen und Empfindlichkeiten die politische Agenda in Deutschland. Deshalb ist es auch nicht überraschend, dass Deutschland seine Rolle als globaler Akteur noch nicht definiert hat.

<sup>36</sup> <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/2007/070321-Abnuistung-Btg.html> (Zugriff 22.03.07) Rede Bundesausserminister Steinmeier.

<sup>37</sup> Bevölkerungsgrösse (82 Mio. – Nr. 12 der 192 Staaten), Bruttosozialprodukt (2300 Mrd. € – Nr. 4), Verteidigungsetat (29 Mrd. € – Nr. 6, prozentual gesehen deutlich unter den geforderten 2 Prozent).

<sup>38</sup> Bundespräsident Köhler, Rede Kommandeurtagung 10.10.2005.



**Sicherung der Seewege am Horn von Afrika im Rahmen der NATO-Operation Enduring Freedom.**

**Ausblick**

Deutschland spielt derzeit eine wesentliche Rolle für die transatlantischen Beziehungen, für die EU, aber auch global für Klimaschutz, Energiesicherheit und die Reduzierung der Armut. Kernpunkte deutscher Sicherheitspolitik waren immer Kontinuität, Verlässlichkeit und Solidarität. Kompromisse im europäischen Interesse waren dabei stets auch in deutschem Interesse, zumal Grundsatz deutscher Sicherheitspolitik war und ist, niemals allein zu

**Grundsatz deutscher Sicherheitspolitik war und ist, niemals allein zu handeln.**

handeln. Das ausgeprägte Gespür für Balance, Augenmass auch bei Kritik, Ausgleich der unterschiedlichen nationalen Interessen, verbunden mit starker persönlicher Wertebindung, ist Kennzeichen der Politik von Kanzlerin Merkel. In weiten Teilen der Bevölkerung sind aber die heutigen globalen Herausforderungen und die daraus sich ergebenden Konsequenzen für Deutschland noch nicht erfasst worden. Die Politik wie die Medien tragen hierfür

<sup>39</sup> John C. Hulsmann, Jan Techau, Zu hohe Erwartungen? In: Internationale Politik, IP Januar 2007, S.19.

<sup>40</sup> Angela Merkel, Rede am 08.11.2006 Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, (Zugriff 12.04.07) [http://www.bundestkanzlerin.de/nm\\_5296/Content/DE/Rede/2006/11/2006-11-08-rede-bkein-deutsche-gesellschaft-fuer-auswaertige-politik.html](http://www.bundestkanzlerin.de/nm_5296/Content/DE/Rede/2006/11/2006-11-08-rede-bkein-deutsche-gesellschaft-fuer-auswaertige-politik.html)

die Verantwortung. «Die Mentalität eines Grossteils der deutschen politischen Elite stammt aus der Zeit vor dem 9. November (1989). Das reicht nicht für die Welt nach dem 11. September (2001).»<sup>39</sup> Möglicherweise liegt dies auch an einem weiteren Merkmal der deutschen Sicherheitspolitik, nämlich dass diese in der Regel in Wahlkämpfen keine entscheidende Rolle spielt. Ausnahme hier war die Irakkrise im Wahljahr 2002, die von Kanzler Schröder für seine eigenen Interessen, sprich Wiederwahl und Machterhalt, instrumentalisiert wurde.

«Viele Augen werden sich auf Deutschland richten, wenn es um weitere Verantwortung in der Welt geht. Wir werden uns vor dieser Verantwortung nicht drücken können»,<sup>40</sup> so Kanzlerin Merkel am 8. November 2006.

Deutschland hat aber seinen eigenen Platz und seine Rolle in der Welt noch nicht gefunden. Zudem fehlt unverändert ein klares Konzept mit strategischer, d.h. globaler Ausrichtung und der politische Wille, die notwendigen Korrekturen der Verfassung einzuleiten. Ohne die Zustimmung der eigenen Bevölkerung wird Deutschland allerdings seine grössere Bedeutung in Europa und in der Welt nicht voll ausfüllen können. Solange ein Gesamtkonzept nicht vorliegt, wird die deutsche Sicherheitspolitik auch durch Einzelfall-Entscheidungen geprägt sein.

Trotz aller Notwendigkeit, die eigene Politik weiterzuentwickeln, kann hier festgestellt werden, dass Deutschland unter Kanzlerin Merkel sicherheitspolitisch eine positive Entwicklung genommen hat. Aber innenpolitische Reformen und finanzielle

«Viele Augen werden sich auf Deutschland richten, wenn es um weitere Verantwortung in der Welt geht. Wir werden uns vor dieser Verantwortung nicht drücken können», so Kanzlerin Merkel am 8. November 2006.

Bedingungen werden die deutsche Sicherheitspolitik in naher Zukunft weiter behindern. Dies wird sich auch auf die EU und die NATO auswirken, deren sicherheitspolitische Fähigkeiten noch deutlich verbessert werden müssen.

Wesentlich wichtiger ist aber aus deutscher Sicht, dass die politische Elite entscheidet, welche Rolle Deutschland in Zukunft übernehmen soll. Politischer Wille ist dazu gefordert: Wer führen will, muss dazu bereit und auch willens sein, mehr zu geben als zu nehmen. Die hohe Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger für Kanzlerin Merkel und Aussenminister Steinmeier gibt Anlass zu vorsichtigem Optimismus, dass die erforderlichen Korrekturen schrittweise implementiert werden. Jedoch ist heute die Frage, ob Deutschland auf dem Weg zu einer europäischen Führungsmacht ist, zu verneinen. Ob diese Feststellung in wenigen Jahren revidiert werden muss, ist offen. Deutschland besitzt das Potenzial, seine Fähigkeiten und Möglichkeiten stärker zum Ausdruck zu bringen und in der Welt mehr Verantwortung zu übernehmen. Der friedliche Wandel, das Festhalten an wesentlichen Kontinuitätslinien und seine Politikausrichtung auf UN, EU, NATO und auf freundschaftliche transatlantische Kooperation bieten hierfür eine ausgezeichnete Basis. ●

**Maritime Task Force mit deutschem Einsatzverband in der UNIFIL-Operation vor der Küste des Libanon.**

